



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

Wiederaufbau im Irak, Beziehungen zu Europa, Naher Osten und Wirtschaftskrise in Deutschland

Die Arbeit der Washingtoner Think Tanks verläuft entlang der tagespolitischen Linien. Der Irak soll demokratisiert werden. Zur Diskussion steht, wer sich wie daran beteiligen darf. Gleichzeitig definieren sich die transatlantischen Beziehungen fast ausschließlich über die Irakfrage. Allmählich treten die verbalen Unstimmigkeiten jedoch in den Hintergrund. Die Washingtoner Denkfabriken sind um gute Beziehungen zu den europäischen Verbündeten bemüht. Die von der Bush-Regierung gezeichnete „Landkarte zum Frieden“ im Nahen Osten wird bislang nur kommentiert. Und Sorgen gibt es wieder einmal um die wirtschaftliche Verfassung Deutschlands und die Reformen in Lateinamerika.



Wiederaufbau und Demokratisierung des Irak

Nun da die militärischen Aktionen im Irak vorüber zu sein scheinen, dreht sich fast alles um den Wiederaufbau und die Demokratisierung des Landes. **Adeed Dawisha** und **Karen Dawisha** fragen in der aktuellen Ausgabe von *Foreign Affairs: How to Democratize Iraq?* Ihr Fazit: Es mag zwar schwierig, jedoch nicht unmöglich sein, den Irak zu demokratisieren. Schließlich bringt der Irak gute Voraussetzungen wie eine gebildete Mittelklasse und eine Vergangenheit politischen Pluralismus' unter der früheren Monarchie mit.

Marina Ottaway und **Judith Yaphe**, Experten bei **Carnegie Endowment for International Peace**, unterziehen die „politische Rekonstruktion im Irak“ einem "Reality Check" (<http://www.ceip.org/files/pdf/IraqBrief.Ottaway.pdf>). Die Autoren schlagen der Bush-Administration sechs Imperative für die weitere Vorgehensweise vor: 1. Eine neue Regierung sollte nicht einfach eingesetzt werden; für eine neue Verfassung und demokratische Wahlen gilt: keine übereilten Handlungen. 2. Der Irak sollte im Zentrum der Politik stehen, nicht seine Nachbarn. 3. Die politische Rekonstruktion sollte eine wirklich

THINK TANK UPDATE



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

internationale Aktion sein. 4. Das Management der Ölressourcen sollte international und transparent sein. 5. Der arabisch-israelische Friedensprozess muss wieder aufgenommen werden. 6. Der Aufbau einer neuen Sicherheitsorganisation in der Region sollte angestrebt werden.

Des Problems der amerikanischen Glaubwürdigkeit nimmt sich **Marina Ottaway** unter dem Titel *Promoting Democracy in the Middle East: The Problem of U.S. Credibility* an (<http://www.ceip.org/files/pdf/wp35.pdf>). Im Mittelpunkt steht das Misstrauen, das die arabische Welt den USA entgegenbringt, wenn sie als „Demokratisierer“ auftreten. Dabei ist der Irak nicht das erste Land, das die Vereinigten Staaten aufzubauen und zu demokratisieren suchen. **Minxin Pei** und **Sara Kasper**, beide ebenfalls von **Carnegie**, beschäftigen sich mit den *Lessons from the Past: The American Record in Nation-Building* (<http://www.ceip.org/files/print/2003-04-11-peipolicybrief.htm>). Das „ehrgeizige“ Vorhaben hat im 20. Jahrhundert 16 Vorgänger, von denen sich nur vier dauerhaft der Demokratie verschrieben haben: Deutschland, Japan, Grenada und Panama. Auch hier lautet der Tenor: Die USA benötigen internationale Legitimität für ihr Vorhaben. Erreichen können sie dies durch Lastenverteilung, Multilateralismus und eine weite Einbeziehung der Vereinten Nationen. Daniel Brumberg, Arabien-Experte im **Democracy and Rule of Law Project** von **Carnegie**, argumentiert in seinem neuesten Arbeitspapier, dass die USA zuerst verstehen müssen, wie arabische Autokratien funktionieren, bevor sie Demokratierungsstrategien formulieren (<http://www.ceip.org/files/pdf/wp37.pdf>).

Unter dem Titel *Blueprint for Freedom: Limiting the Role of the United Nations in Post-War Iraq* wehren sich **Nile Gardiner** von **Heritage** und **David Rickin** von **Carnegie** gegen eine Rolle der UN, die über humanitäre Hilfe hinausgeht (<http://www.heritage.org/Research/MiddleEast/bg1646es.cfm>). „Die UN ist eine langsam sterbende Kraft auf der internationalen Bühne und geht dem Schicksal des Völkerbundes entgegen, wenn sie nicht radikal reformiert und restrukturiert wird. Präsident Bush sollte deutlich machen, dass weitere



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

Diskussionen über den Irak in der UN nicht notwendig sind", schreiben die Analysten. Eine Rolle im Wiederaufbau gestehen sie nur den USA und Großbritannien zu.

Etwas weniger festgelegt auf *The U.N.'s Role in Post-War Iraq* ist **Christopher Preble**, Foreign Policy-Direktor bei **Cato** (<http://www.cato.org/dailys/04-22-03.html>)

„Wenn die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen helfen können, und dies entlang unserer Zeitachse, dann sollten wir sie helfen lassen. Wenn nicht, dann sollten wir ihnen sagen, dass sie sich um ihre eigenen Dinge kümmern sollen.“

Philip Gorden, Experte bei **Brookings**, meint, die NATO ist eher geeignet als die UN, den Wiederaufbau des Irak zu organisieren – sei das Militärbündnis doch „effektiver und effizienter“ und in seinen Handlungen ebenfalls legitimiert.

Landkarte zum Frieden

Martin S. Indyk, Direktor des **Saban Center for Middle East Policy** bei **Brookings**, hinterfragt die von der Bush-Regierung angekündigte „Landkarte zum Frieden“ im Nahen Osten. Die dahinterstehende Logik der Administration beschreibt Indyk wie folgt: „Die Beseitigung von Saddam Husseins Regime im Irak würde eine neue Möglichkeit für einen weitgespannten Friedensprozess im Nahen Osten bieten. Aus Angst davor, dass sie die nächsten Ziele sein könnten, würden Iran und Syrien unter dem Druck stehen, ihre Unterstützung für Hamas, Palästinensisch-Islamische Jihad und Hizbollah einzuschränken. Mit einem neuen, unter amerikanischer Vormundschaft stehenden Regime in Irak würde sich die Machtbalance in der arabischen Welt zugunsten moderaterer Staaten wie Ägypten, Jordanien und Saudi Arabien verschieben. Die Eliminierung eines Terrorismusförderers und das schlechtere Image anderer könnten der palästinensischen Gemeinschaft eröffnen, das Gewalt nicht weiter führt.“ Ähnliches gelte für Israel. Indyk erkennt für Präsident Bush



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

ein „Moment diplomatischer Reife“ und beschreibt einen „bemerkenswerten Konsens“ über Bushs „Zwei-Staaten-Lösung“ für den Konflikt.

Heimatschutz und Moral in der amerikanischer Außenpolitik

Geht es um den Schutz des eigenen Territoriums, dann hat die Administration viel getan, um Amerika vor weiteren Terrorangriffen zu schützen – jedoch nicht genug. Zu diesem Fazit kommt eine Gruppe von Sicherheitsexperten für die **Brookings Institution** in ihrer zweiten Edition von *Protecting the American Homeland*. Statt den „letzten Krieg noch einmal zu kämpfen“, gehe es jetzt darum, die noch bestehenden Sicherheitslücken zu schließen.

Unter dem Titel *The Rise of Ethics in Foreign Policy* schreiben **Leslie Gelb**, Präsident des **Council on Foreign Relations (CFR)**, und **Justine Rosenthal**, Direktorin der Executive Office des **CFR**, in *Foreign Affairs*, dass Moral, einst marginal, zu einem bedeutenden Teil amerikanischer Außenpolitik geworden sei. Und davon profitiere die ganze Welt.

Ivo Daalder und **James Lindsay** von der Foreign Policy-Abteilung bei **Brookings** beschreiben detailliert die Präsidentschaft von George W. Bush aus dem Blickwinkel der Außenpolitik. In *The Bush Revolution: The Remaking of America's Foreign Policy* heißt es: „Zwar hatte 9/11 einen großen Einfluss auf Amerika und seine Außenpolitik, doch die grundsätzliche außenpolitische Linie George W. Bushs hat dieses Ereignis nicht verändert.“ Vielmehr habe 9/11 Bush und seine Berater in ihrem Glauben an Macht durch Militär weiter bestärkt (<http://www.brookings.edu/views/papers/daalder/20030425.pdf>).

Große Bemühungen um die Überwindung der „transatlantischen Spaltung“

Experten auf beiden Seiten des Atlantiks haben das Jahrestreffen der G8-Staaten in Evian als Anlass für eine gemeinsame Erklärung zum Zustand der



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

Beziehungen genommen. „Präsident Bush“, so heißt es in der Ankündigung der Erklärung, „hat die Möglichkeit die Beziehungen mit wichtigen europäischen Staaten, die sich gegen den Irak-Krieg ausgesprochen hatten, zu reparieren.“ Gleichzeitig biete der Gipfel Gelegenheit, den Wiederaufbau des Irak zu diskutieren. In der von **Brookings** veröffentlichten Erklärung *How To Overcome the Divisions*

(<http://www.brookings.edu/views/papers/daalder/20030516.htm>) heißt es: „Es ist an der Zeit, die Provokationen zu stoppen und an einer gemeinsamen Agenda zu arbeiten. Wir verweigern jegliche Politik der Revanche – sei es, um die zu bestrafen, die mit den USA und ihren Alliierten nicht übereinstimmen; sei es aufgrund der Weigerung konstruktiv am Wiederaufbau des Irak teilzunehmen.“ Die unmittelbare Aufmerksamkeit der „gemeinsamen Agenda“ sollte sich auf Irak, Israel-Palästina, Iran, Anti-Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen lenken. Zu den amerikanischen und deutschen Unterzeichnern der Erklärung gehören unter anderem **Ronald Asmus** (**German Marshall Fund**), **Christoph Bertram** (**Stiftung Wissenschaft und Politik**), **Richard Burt** (früherer US-Botschafter in Deutschland), **James Steinberg**, **Ivo Daalder** und **Philip Gordon** (**Brookings Institution**), **Charles Grant** (**Centre for European Reform**), **Karl Kaiser** (**Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik**), **Charles Kupchan** (**Council on Foreign Relations**) und **Simon Serfaty** (**CSIS**).

Eine ähnliche, vorrangig von früheren amerikanischen Amtsinhabern propagierte Initiative kommt von **CSIS**. Unter anderem **Madeleine Albright**, **Zbigniew Brzezinski**, **Warren Christopher**, **Lawrence Eagleburger**, **Stuart Eizenstat**, **Alexander Haig**, **Paul O'Neill** und **James Schlesinger** sprechen sich für die „Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft“ aus (<http://csis.org/europe/2003 May 14 JointDeclr.pdf>). In der Erklärung heißt es: „Keine Meinungsverschiedenheit darf das Verhältnis zu unseren



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

europäischen Aliierten spalten.“

Der **Council on Foreign Relations (CFR)** hat anlässlich der gegenwärtigen Unstimmigkeiten eine hochkarätige **Task Force** für die amerikanische Europapolitik eingerichtet. Der biparteilichen Task Force stehen der frühere Außenminister **Henry Kissinger** und der ehemalige Finanzminister **Lawrence Summers** vor. **Charles Kupchan**, Europaexperte des CFR, ist ihr Direktor. Der CFR, **Merrill Lynch** und **ENI SpA** finanzieren die Task Force, deren Ziel vier Kernpunkte hat: 1. Wie ernst sind die aktuellen transatlantischen Spannungen und wo kommen sie her? 2. Von wie großer Bedeutung sind gute Arbeitsbeziehungen mit Europa für Amerikas Interessen? 3. Ist es möglich, die Beziehungen auf eine gesündere Basis zu stellen, und was sind die strategischen Optionen? Müssen die Beziehungen vollständig verändert werden? 4. Welche Policywege und -Aktionen sollten die USA verfolgen?

Europa-Links

Die Europaexperten der Think Tanks veröffentlichen die Ergebnisse ihrer Arbeiten regelmäßig im Internet.

Im zweimonatlich erscheinenden **Euro-Focus** stellen die Experten des **Center for Strategic and International Studies (CSIS)** ihre Analysen ins Netz: <http://www.csis.org/europe/eurofocus/index.cfm>. Im CSIS-**Euro-Forum** finden sich die Zusammenfassungen aller Veranstaltungen des European Studies Program: <http://www.csis.org/europe/euroforum/index.cfm>.

Die **Brookings Institution** veröffentlicht Policy Briefs, Zeitschriften, Reports, Analysen & Commentare sowie News & Events zu Europa unter: http://www.brookings.edu/data/brookings_taxonomy.xml?taxonomy=Politics,%20Global*Area%20and%20country%20studies*Europe. Alle Publikationen der **RAND Corporation**, die Europa zum Thema haben, finden sich hier: http://www.aei.org/research/subjectID.20/projectFilter_detail.asp. Die Experten des **Cato Institutes** schreiben ihre Europa-Analysen unter:



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

<http://www.cato.org/foreignpolicy/europe.html>. Die aktuellen Studien der **Heritage Foundation** zu Europa sind hier aufgelistet: <http://www.heritage.org/Research/Europe/index.cfm>. Publikationen des IIE zum Euro, der Europäischen Union, zur Europäischen Handelspolitik und zu den transatlantischen Beziehungen sowie zu Deutschland finden sich unter: <http://www.iie.com/research/europe.htm>. Die Agenda des **European Institute** steht vorwiegend unter dem Zeichen der transatlantischen Beziehungen: <http://www.europeaninstitute.org>.

Putins Russland; EU-Osterweiterung und die GUS

Zu Osteuropa gibt es zwei wichtige neue Publikationen: In ihrem aktuellen Buch analysiert **Lilia Shevtsova** vom **Russian and Eurasian Program** des **Carnegie Endowment for International Peace (CEIP)** *Putin's Russia*. In ihrem neuen Arbeitspapier *The Enlargement of the European Union. Consequences for the CIS Countries* analysieren **Anders Åslund**, Russland-Experte von **Carnegie**, und **Andrew Warner**, Ökonom beim **National Bureau for Economic Research**, die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Staaten der GUS.

Seyom Brown von **Brookings** warnt in seinem jüngst erschienenen Buch *The Illusion of Control. Force and Foreign Policy in the 21st Century* provokativ, dass die USA ihre Politik immer häufiger mit anderen Mitteln fortsetzen, wenn es um ihre Interessen geht.

Deutschland: „demographische Revolution“ und „japanische Krankheit“

Adam Posen vom **Institut for International Economics** hat sich des „kranken Mannes“ Europas angenommen. In seiner aktuellen Studie fragt er: *Is Germany Turning Japanese?* (<http://www.iie.com/publications/wp/2003/03-2.pdf>)

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre besteht Posen zufolge Grund zur Sorge, dass Deutschland den japanischen Weg



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

einschlägt. „Von allen OECD-Ländern nimmt nur Deutschland nach und nach die japanischen Charakteristika an.“ Diese sind: unvollständige Liberalisierung des Finanzsektors; Teilung der makroökonomischen Politik und deflationärer Bias; finanziell und politisch passive Haushalte; mangelnde Öffnung der Märkte für Handel, Finanzströme und Ideen. Posen mahnt die USA, das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands über die militärische Komponente nicht aus den Augen zu verlieren. Auch wenn dies zurzeit nicht so aussehe – „Sicherheitsbeziehungen setzen gute Wirtschaftsbeziehungen voraus“.

Richard Jackson von der **Global Aging Initiative** bei **CSIS** hat die „demographische Revolution“ Deutschlands und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden 50 Jahren näher betrachtet (siehe auch TTU Januar/Februar 2003). Jacksons Fazit: Um der Krise finanziell Herr zu werden, müssten die Deutschen, die schon heute 40 Prozent Sozialabgaben auf ihrem Lohnzettel sehen, nochmals 25 Prozent zusätzlich hinnehmen. Die bisherigen Reformansätze reichten nicht aus, um die Krise aufzuhalten, und „die Zeit für Reformen wird immer kürzer“.

Reformen in Lateinamerika

Führende Wirtschaftswissenschaftler mit Expertise zu Lateinamerika haben sich zusammengefunden, um die Reformen der Region unter dem Titel *After the Washington Consensus: Restarting Growth and Reform in Latin America* zu analysieren. Trotz hochgelobter Reformansätze nach dem „Washingtoner Konsens“ durchlebte Lateinamerika ein Jahrzehnt von Krisen und enttäuschendem Wachstum und sah keine Verbesserung in der katastrophalen Einkommensverteilung. Das Ergebnis der Experten unter Ägide von **John Williamson**, Forscher beim **Institute for International Economics (IIE)** und Autor des „Washingtoner Konsens“, geht von der Richtigkeit der vormaligen Empfehlungen an Lateinamerikas Regierungen aus: Den Reformen der ersten Generation (Liberalisierung und Stabilisierung) mangelt es noch immer an den institutionellen Reformen der zweiten



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

Generation. Über diese sollten die Marktreformen mit einer egalitären Komponente vervollständigt werden.

In *Foreign Affairs* mahnt der frühere mexikanische Außenminister **Jorge Castaneda** die USA, Lateinamerika nicht zu „vergessen“. 9/11 habe zu einer Situation geführt, in der die USA ihre vormals progressiven und aufgeklärten Beziehungen zu Lateinamerika einzig durch die sicherheitspolitische Brille betrachteten. Lateinamerika stehe vor großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen und brauche die USA dabei als verlässlichen Partner.

Eine Konferenz zu den Beziehungen zwischen den USA und Mexiko fand bei **CSIS** statt. Mexikos neuer Außenminister **Luis Ernesto Derbez Bautista** äußerte die Befürchtung, dass beide Staaten ihre gegenseitige Politik nur am Irak-Konflikt orientieren. Auf der bilateren Agenda stünden jedoch vor allem der Kampf gegen Terrorismus, Migration, Handel und die Beziehungen in der gesamten Hemisphäre.

What's New?

Keine finanziellen Engpässe beim Südamerika Projekt von CSIS

Das **Südamerika-Projekt** von **CSIS** ist scheinbar doch nicht von finanzieller Härte bedroht. Zur Erinnerung (Think Tank Update März/April 2003): Auf einem Symposium hatte das **CSIS Biotechnology Program** einen Report vorgestellt, der sich dafür ausspricht, Patente von Medikamenten für sich entwickelnde Länder zu lockern. **Die Handelsvereinigung Pharmaceutical Research and Manufacturers of America (PhRMA)** drohte daraufhin, Fördergelder für das Südamerika-Projekt zu streichen. **Geroge Vickers**, Regionaldirektor für Lateinamerika beim **Open Society Institute**, hörte davon und leitete eine Spende in Höhe von \$10.000 für das Projekt ein. Ob PhRMA seine Gelder wirklich einbehält, ist weiterhin unklar.



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

**Richard von Weizsäcker: Lehrstuhl bei der Johns Hopkins University –
School of Advanced International Studies (SAIS)**

Seit dem 28. April gibt es bei **SAIS** einen **Richard von Weizsäcker**-Lehrstuhl,
finanziert von der **Robert-Bosh-Stiftung**.

Bibliographie

Jorge G. Castaneda, The Forgotten Relationship, Foreign Affairs, Volume 82,
Nr. 3, S. 67-81.

Anders Åslund und Andrew Warner, The Enlargement of the European Union.
Consequences for the CIS Countries, Working Paper Nr. 36, Washington, DC,
Carnegie Endowment of Peace, April 2003. Onlineversion:
<http://www.ceip.org/files/pdf/wp36.pdf>.

Lilia Shevtsova, Putin's Russia, Washington, DC, Carnegie Endowment for
International Peace, 2003, 306 S, \$ 19,95 (Pb), \$ 40 (Hc).

Daniel Brumberg, Liberalization Versus Democracy: Understanding Arab
Political Reform, Working Paper Nr. 37, Washington, DC, Carnegie
Endowment of Peace, Mai 2003. Onlineversion:
<http://www.ceip.org/files/Publications/wp37.asp?from=pubdate>

Seyom Brown, The Illusion of Control. Force and Foreign Policy in the 21st
Century, Washington, DC, Brookings Institution Press 2003, 192 S., \$18,95
(Pb), \$46,95 (Hc)

Michael E. O'Hanlon, Peter R. Orszag, Ivo H. Daalder, I. M. Destler, David L.
Gunter, James M. Lindsay, Robert E. Litan, James B. Steinberg, Protecting



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

the American Homeland. One Year On, Washington, DC, Brookings Institution Press, 2003, 188 S., \$17,95.

Leslie H. Gelb und Justine A. Rosenthal, The Rise of Ethics in Foreign Policy, Foreign Affairs, Volume 82, Nr. 3, S. 3- 7.

Ivo H. Daalder und James M. Lindsay, The Bush Revolution: The Remaking of America's Foreign Policy, Washington, DC, The Brookings Institution.

Onlineversion:

<http://www.wws.princeton.edu/bushconf/DaalderLindsayPaper.pdf>.

Adeed Dawisha und Karen Dawisha, How to Build a Democratic Iraq, Foreign Affairs. Volume 82, Nr. 3, S. 36-50.

Martin Indyk, A Trusteeship for Palestine, Foreign Affairs, Volume 82, Nr. 3, S. 51-66.

Marina Ottaway und Judith Yaphe, Political Reconstruction in Iraq. A Reality Check, Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace, April 2003. Onlineversion: (<http://www.ceip.org/files/pdf/IraqBrief.Ottaway.pdf>).

Marina Ottaway, *Promoting Democracy in the Middle East: The Problem of U.S. Credibility*, Working Paper 35, Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace, 2003. Onlineversion:
(<http://www.ceip.org/files/pdf/wp35.pdf>).

Minxin Pei und Sara Kasper, *Lessons from the Past: The American Record in Nation-Building*, Policybrief, Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace, 2003. Onlineversion:
(<http://www.ceip.org/files/print/2003-04-11-peipolicybrief.htm>).



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

Nile Gardiner und David Rickin, *Blueprint for Freedom: Limiting the Role of the United Nations in Post-War Iraq*, Washington, DC, Carnegie Endowment for International Peace, 2003. Onlineversion:
[\(http://www.heritage.org/Research/MiddleEast/bg1646es.cfm\)](http://www.heritage.org/Research/MiddleEast/bg1646es.cfm).

Christopher Preble, *The U.N's Role in Post-War Iraq*, Washington, DC, Cato Institute, 2003. Onlineversion: (<http://www.cato.org/dailys/04-22-03.html>).

Richard Jackson, Germany and the Challenge of Global Aging, Center for Strategic and International Studies, Washington DC, März 2003.
Onlineversion: http://www.csis.org/gai/germany_report.pdf

Adam S. Posen, Is Germany Turning Japanese? Working Paper 03-2, Institute for International Economics, Washington, DC, 2003. Onlineversion:
<http://www.iie.com/publications/wp/2003/03-2.pdf>.

John Williamson und Pedro-Pablo Kuczynski (Hrsg.), After the Washington Consensus: Restarting Growth and Reform in Latin America, Washington, DC, Institute for International Economics, 2003 • 400 S, \$ 30.



Mai 2003 KAS

WASHINGTON

Think Tanks im Internet

Die oben genannten Think Tanks finden Sie auf folgenden Internet-Homepages:

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

The European Institute: www.europeaninstitute.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

Rand Corporation: www.rand.org



Caroline Kanter / Kristin Vorpahl

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington, den 2. Juni 2003